



derStandard.at | Politik | International | Asien-Pazifik | Japan

08. August 2005  
14:26 MESZ

## Ist Premier Koizumi gescheitert?

Es antwortet: Maik Hendrik Sprotte vom Institut für Japanologie der Universität Heidelberg

Die Fragen stellte  
Sonja Fercher.

Maik Hendrik Sprotte ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am [Institut für Japanologie](#) der Universität Heidelberg.

### Die Einserfrage

derStandard.at/Politik liefert um 13 Uhr auf Seite 1 wesentliche Fragen und Antworten zur aktuellen politischen Lage.

Sie haben eine Einserfrage? Dann [her damit ->](#), wir suchen für Sie ExpertInnen, die diese beantworten können.



Der japanische Premier am Wahlabend der Oberhauswahlen im Jahre 2001: Er klebt ein Pickerl zum Namen einer gewählten liberaldemokratischen Kandidatin.

**derStandard.at:** Premier Koizumi hat nach seiner Niederlage bei der Abstimmung über die Privatisierung der Post Neuwahlen ausgeschrieben? Warum ist die Privatisierung der Post innerhalb seiner Partei so umstritten?

**Maik Hendrik Sprotte:** Mehr noch als die Privatisierung der Post ist es die mit ihr verbundene Privatisierung der Postbank, die sowohl unter einigen Abgeordneten der Liberaldemokratischen Partei (LDP) als auch in weiten Teilen der Bevölkerung auf Widerstand stößt. Gründe hierfür liegen in den zahlreichen Konkursen japanischer Banken in den 1990er Jahren, bei denen eine Vielzahl Japaner ihre Spareinlagen verlor. Eine staatliche Bank scheint nach wie vor eine gewisse Sicherheit zu gewährleisten, während man einem privaten Bankenunternehmen angesichts der wirtschaftlichen Krise, in der sich das Land noch immer befindet, nicht vertraut. Hier also meinen die Abgeordneten, die sich einer Privatisierung widersetzen, sich am Willen der Bevölkerungsmehrheit zu orientieren.

Darüber hinaus gibt es Stimmen, die die kleinen Postämter in der Provinz auch als Nachrichtenumschlagplatz - in der Regel - regierungsnaher Standpunkte sehen. Die mit einer Privatisierung zwangsläufig verbundene Schließungen unrentabler Ämter sehen manche konservative Abgeordnete also auch als Beschneidung Ihrer direkten Einflußmöglichkeiten auf die Wählerschaft in ihren Wahlkreisen.

Schon bei der letzten Wahl zum Präsidenten der LDP 2003, einem Amt das übrigens unmittelbar mit dem Amt des Ministerpräsidenten verbunden ist, wenn die Liberaldemokraten eine Mehrheit im Unterhaus haben, zeichnete sich eine starke Opposition gegen Ministerpräsident Koizumi ab. Hier zeigt sich also letztlich am Scheitern dieses Gesetzentwurfs, daß der Einfluß seiner Gegner in der eigenen Partei stark zugenommen hat. Insofern mag es sich als schwerer politischer Fehler erweisen, daß der Ministerpräsident vor allem dieses Privatisierungsvorhaben stets als "Symbol" seiner Reformpolitik bezeichnete.

**derStandard.at:** Wie konkret ist die Gefahr einer Spaltung der LDP?

**Sprotte:** Sehr konkret. Mit dem Versuch, das Privatisierungsvorhaben gegen Widerstände in seiner eigenen Partei durchzusetzen, hat der Ministerpräsident einen zumindest taktischen Fehler gemacht, zu dem nicht offensichtlich ist, warum er gerade mit diesem Gesetzvorhaben sein politisches Schicksal verbunden hat. In der japanischen Innen- und Wirtschaftspolitik gäbe es sicher drängendere Fragen als die nach einer

Privatisierung der Post. Die Bewertung der jetzigen Abstimmungsniederlage als "Mißtrauensvotum gegen das Kabinett" und dessen Politik in seiner Gesamtheit durch Koizumi macht vor allem eins deutlich: seine schwache Positionierung im innerparteilichen Machtkampf, der vor allem im bevorstehenden Wahlkampf mit aller Härte ausgetragen werden dürfte. Vor allem die Liberaldemokratische Partei, 1955 aus einem Zusammenschluß zweier konservativer Parteien entstanden, ist keine Partei "aus einem Guß".

Mehrfach in der Vergangenheit zeigte sich, daß sie eher ein Sammlungsbecken unterschiedlicher konservativer Politikansätze darstellt. Diese reichen von ganz rechts bis zu Positionen, die sich eher in der Mitte des politischen Spektrums ansiedeln lassen. Der Ministerpräsident zeigt sich dennoch überzeugt, daß es ihm gelingen könne, die Mehrheit im Unterhaus für sich und seinen Koalitionspartner, der buddhistisch beeinflussten "Partei für eine saubere Regierung", zu sichern, auch wenn es zur Spaltung seiner Partei kommen sollte. Das setzte aber voraus, daß sich der Partner zu einer Fortsetzung der Koalition entschließen kann. Nach allem, was man aus Japan hört, offenbar auch noch eine offene Frage.

**derStandard.at:** Es wird vermutet, dass die Liberaldemokratische Partei von Premier Koizumi die Wahlen verlieren könnte. Wie sehen Sie das? Und welche Partei würde davon profitieren?

**Sprotte:** Wie bereits erwähnt, dürfte es von entscheidender Bedeutung sein, ob sich Koizumi der Loyalität seines Koalitionspartners versichern kann. Sollte ihm das nicht gelingen, ist die politische Zukunft eines Ministerpräsidenten Koizumi gefährdet. Die größte Oppositionspartei, die Demokratische Partei, wittert zumindest in den kommenden Wahlen eine Chance, einen tatsächlichen Regierungswechsel herbeiführen zu können. Chancen auf eine wie auch immer geartete Beteiligung an der Regierungsmacht scheinen für diese Oppositionspartei zu bestehen.

**derStandard.at:** Die LDP regiert das Land seit Jahrzehnten, woher kommt diese Vormachtstellung? Ist ein politischer Wandel in Sicht?

**Sprotte:** Bereits Günter Grass erklärte einmal, der Fortschritt sei eine Schnecke. Dies gilt sicherlich besonders für Reformen der politischen Landschaft Japans. Die Liberaldemokratische Partei, die das Land seit 1955 nahezu ununterbrochen regierte - nur von August 1993 bis Juni 1994 stellten andere Parteien die Regierung -, hat es verstanden, ein Programm zu formulieren, in dem Konservative unterschiedlichster Provenienz sich wiederfinden können. Zudem verfügt sie über beste Kontakte zur Ministerialbürokratie, zu Unternehmen und Wirtschaftsverbänden.

Die Liberaldemokraten präsentieren sich also weniger als Programmpartei, sondern eher als Honoratiorenpartei, in der die persönliche Gefolgschaft und Loyalität zu einem Politiker in prominenter Position das eigene Fortkommen sichert. Nach den Erfahrungen des Krieges und dem Erfolg des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, die Japan zu einer der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt werden ließen, mag auch ein eher konservatives Wählerverhalten der japanischen Bevölkerung die lange Regierungszeit der LDP begünstigt haben. Die politischen Mitbewerber, wie etwa die Kommunistische Partei oder die inzwischen zur Bedeutungslosigkeit verkommene Sozialistische Partei Japans waren aufgrund der von ihnen vertretenen Politikinhalt nie geeignet, die liberaldemokratische Herrschaft wirklich und nachhaltig zu gefährden.

**derStandard.at:** Die Märkte reagierten nervös auf die

Neuwahlankündigung. Welche Konsequenzen für Japans Wirtschaft hätte es, sollte es tatsächlich zu einem Regierungswechsel kommen?

**Sprotte:** Das ist schwer zu prognostizieren. Nach allem, was man von den japanischen Wirtschaftsforschungsinstituten hört, läßt der Aufschwung noch immer auf sich warten - mit und ohne eine Regierung Koizumi. Auch wenn ich mich jetzt in das Feld der Spekulation gebe, vermute, daß sich ein Regierungswechsel eher stimulierend auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkt. Dies wird aber nur dann eintreten, wenn sich auch der neue Ministerpräsident an die Maxime "Keine Experimente" hielte. Aber zu wirklichen Experimenten neigte bisher noch kein einflußreicher japanischer Politiker.

---

© 2005 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.  
Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.